

Aus: **Antikriegsbeilage**, Beilage der jW vom 01.09.2018

Neokolonial erzeugte Geister

Neokolonialismus und Dschihad in Mali: Das »zweite Afghanistan« liegt in Westafrika.

Deutschland dringt kriegerisch in die Sahelzone vor

Von Gerd Schumann

Französischer Soldat bei der Kontrolle einer Hütte im Tuareg-Gebiet nahe Tin Hama, Mali im Oktober 2017

Foto: Benoit Tessier/Reuters



Das Land gleicht einem »Scherbenhaufen«, wie die französische Monatszeitung *Le Monde diplomatique* im Juli 2018 schrieb. In seinem sechsten Jahr, Ende nicht absehbar, findet der Krieg um Mali an vielen, wechselnden Fronten statt. Die bis

zu 13.000 »Blauhelme« der UN-Mission »Minusma« – das »s« steht für »Stabilisierung« – haben sich weitgehend in ihren Stützpunkten verschanzt und versuchen, nicht zu Schaden zu kommen. Bisher starben 170 von ihnen, so viele wie bei keinem anderen Einsatz der Vereinten Nationen.

Die wachsende Stärke der zusammengeschlossenen Dschihadistengruppen sowie eine grauenvolle Verelendung münden absehbar in ein »zweites Afghanistan«. 58 Jahre nach der zunächst von Hoffnung und Zuversicht getragenen Unabhängigkeit droht dem westafrikanischen Binnenstaat der dauerhafte Niedergang. Wahlen wie jüngst im August zur Präsidentschaft geraten zur Farce, wenn sich im zweiten Wahlgang nur noch jeder dritte offiziell Stimmberechtigte beteiligt und zwischen Kandidaten des Neokolonialismus entscheiden muss – »Demokratie« zwischen Pest und Cholera für diejenigen, die überhaupt in Wählerlisten eingetragen waren. Derweil mussten nahezu 900 Abstimmungsstationen wegen militärischer Attacken geschlossen werden.

Im riesigen Nordmali mit einer Fläche doppelt so groß wie Deutschland dominiert die aus nackter Verzweiflung und salafistischem Sponsoring durch saudische Spendenzirkel erwachsene Gewalt den Alltag. Die Furcht lauert überall: vor Sprengstoffallen, vor »Gotteskrieger« (die mit Beutewaffen aus dem von Paris und London zerschlagenen Libyen ausgerüstet sind), vor Drogenhändlern und Menschenschleusern, vor kriminellen Milizen mit Pickups, auf die Schnellfeuergewehre aus deutscher und anderer Produktion montiert sind, vor brutalen Männern auf Mad-Max-Motorrädern.

Die modernen Kolonialisten werden von Geistern attackiert, die sie selbst erzeugt haben. Sie stoßen an die Grenzen ihrer Ausplünderungspolitik. Mit Mali bekriegen die einstmals in Afrika allmächtigen »Herrenmenschen« aus Europa ein extrem armes, zweigeteiltes Land am Rande des Abgrunds zum »Failed State«.

Krieg und Klimawandel

Washington, mit 800 GI in der Region, errichtet eine Drohnenbasis im nigrischen Agadez, dem Tor zur Sahara. Etwa 4.000 Fremdenlegionäre Frankreichs (»Opération Serval«, seit 2014: »Opération Barkhane«) agieren gemeinsam mit Minusma und einer von EU, USA, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Saudi-Arabien finanzierten Sahel-Taskforce aus der Region (Force du G-5-Sahel, 5.000 Mann). Doch der Flächenbrand breitet sich im Sahel und darüber hinaus aus, nach Niger und Burkina Faso.

Gelegt wurde er 2011 mit dem Angriff auf den intakten Staat Libyen, nach dessen Zerschlagung Hunderttausende bislang gut bezahlte, nunmehr deklassierte schwarzafrikanische Arbeitsmigranten vertrieben wurden.



Moussa Sissoko aus Mali vor dem Flüchtlingszentrum der spanischen Enklave Melilla an Nordafrikas Mittelmeerküste im März 2014. Als Grund seiner Verletzung nannte er Polizeigewalt von marokkanischer Seite

Foto: Juan Medina/Reuters

Katastrophal wirkt zudem, dass die Länder am südlichen Rand der Sahara seit über zwanzig Jahren hilflos einem von nördlichen Industriestaaten aufgezwungenen Klimawandel ausgesetzt sind, der sie nach und nach unbewohnbar

macht. Der in Teilen Malis sowieso schon seltene Regen bleibt ganz aus, das Binnendelta in der Region Mopti, wo der Niger auf den Bani trifft, führt nur noch wenig Wasser. Die langgestreckte Trocken- und Feuchtsavanne verschiebt sich weiter nach Süden. Fischer gehen pleite, die Verdrängung von sesshaften Bauern und nomadisierenden Viehzüchtern durch Landgrabbing und Verwüstung führt zu Verteilungskämpfen um die knapper werdende landwirtschaftliche Nutzfläche.

Migration wird zum Zwang für Millionen. Die Menschen fliehen in den Moloch Großstadt wie das senegalesische Dakar – oder nach Norden, um sich auf gefährliche Passagen zu den Kanaren oder übers Mittelmeer nach Europa zu begeben. Oder sie ziehen südwärts in andere Hungerleiderstaaten und ostwärts in die Menschenlager von Niger.

Neben der »Stabilisierung« der Ausbeutungsverhältnisse durch Wiederherstellung der kolonialen Dominanz dient die »Mission« genannte militärische Präsenz in der geostrategisch bedeutsamen Region immer stärker dazu, Flucht als Folge der Verelendung zu unterbinden. Als Hauptgrund des wachsenden Interesses westlicher Staaten – auch Deutschlands

– an der kargen Region kristallisiert sich klar die Abschirmung des afrikanischen Kontinents vor einer wirtschaftlich, ökologisch und politisch bedingten Völkerwanderung nach Norden heraus.

Die Verteidigung der Festung Europa vor unerwünschten Gästen beginnt auf den historischen Routen der Karawanen. Diese hatten Timbuktu in Mali in vorkolonialer Zeit zur blühenden Oasenstadt gemacht. Heute ist das umkämpfte Zentrum von globalen Waren- und Rohstoffströmen eine Art »malischer Hindukusch« geworden, an dem »unsere Sicherheit verteidigt« wird, wie es der damalige Wehrminister Peter Struck (SPD) im Jahr 2002 mit Blick auf Afghanistan erklärt hatte.



Foto: TUBS [CC BY-SA 3.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0>) or GFDL (<http://www.gnu.org/copyleft/fdl.html>)], from Wikim

Vertane Chance

Ein Ausweg jenseits des Krieges existierte nur kurz nach dem Libyen-Desaster im Zuge der Unabhängigkeit des Nordens von Mali: Die weitgehend säkulare Tuareg-Befreiungsbewegung *Mouvement National de Liberation de l'Azawad* (MNLA) hatte am 6. April 2012 im von der Zentralgewalt in Bamako vernachlässigten Nordmali den unabhängigen Staat Azawad ausgerufen und internationale Zusammenarbeit angeboten – auch gegen die sich formierenden islamistischen Kräfte. Die Chance wurde vor allem von Paris vertan, das seinen Teil

zur Besetzung Azawads und zum Vormarsch der Al-Qaida-nahen Banden auf den von Machtkämpfen zerrütteten Zentralstaat beitrug.

Schließlich intervenierte Frankreich im Januar 2013, und auch die deutsche Bundeswehr mischte von Beginn des Krieges an mit – zunächst mit logistischer Unterstützung. Der »Friedensvertrag« von 2015 änderte wenig. Inzwischen stellt Berlin, sozusagen auf den Spuren der germanischen »Wüstenfüchse« unter General Rommel, eines der größten Kontingente im Rahmen der UN und der EU. Mit einer Personalobergrenze, die aktuell bei 1.450 Soldaten liegt, könnte der Einsatz demnächst umfangreicher sein als der in Afghanistan.

Allerdings lässt sich die Uhr nicht einfach auf Kolonialzeit zurückdrehen, um heute bei der Neuaufteilung von Einflussphären besser abzuschneiden. Jedenfalls verlaufen die aktuellen Versuche des deutschen Imperialismus, in »Françafrique« mehr Gewicht zu gewinnen oder gar die französische Dominanz zu brechen, eher zäh.

Der weitgehende Rückzug der Bundeswehr ins »Camp Castor« bei Gao in Ostmali zeigt die Schwierigkeiten der Besatzer, in einer skeptischen bis feindlichen Umwelt Fuß zu fassen. Arroganz und rassistische Posen besorgen das übrige. Gefährliche Kampfeinsätze gegen die Dschihadisten werden den schlechter ausgerüsteten Soldaten aus sogenannten Drittweltländern überlassen, während die deutsche Rüstungsindustrie in Gestalt derer größten Produzenten – »Börsenstar Rheinmetall« (FAZ, 5. Mai 2018), Krauss-Maffei Wegmann (KMW) sowie Airbus – auf weitere lukrative Deals setzt. Motto: »Eine Armee muss ordentlich ausgestattet sein«, so lautet das Profitkonzept von KMW-Chef Haun.

Die Verursacher der malischen Misere sind auch aktuell fast ausnahmslos in der nördlichen Hemisphäre ansässig. Multinationale Konzerne haben seit langem das ressourcenreiche Gebiet unter sich aufgeteilt. Sie bauen fest darauf, die Schätze, die sich im Boden ihrer Claims befinden, auch bergen zu können. Es handelt sich dabei – vor allem – um Gold, dessen Gewinnung in sieben Gruben heute etwa 80 Prozent des malischen Bergbaus ausmacht, sowie um ein großes Erdölfeld im Tapudennie-Becken nahe Algerien. Außerdem geht es um häufig noch nicht erschlossene Vorkommen anderer Stoffe – wie des für die Düngerproduktion begehrten Phosphats oder von Kaolin, Salz, Kalk, Gips, Granit, Bauxit, Eisenerz, Mangan, Zinn, Kupfer. Die Größenordnungen sind erst undeutlich zu erkennen.

Atomstrom für Frankreich

Malis Uranvorkommen scheinen nach derzeitigen Erkenntnissen eher klein zu sein – zumindest im Vergleich zu denen des Nachbarn Niger, der ein Musterbeispiel für kolonialistische Ausbeutungspraxis ist. Dort deckt der staatlich gelenkte französische Konzern Areva jährlich mit 2.500 geförderten Tonnen etwa die Hälfte des Bedarfs an Brennstoff für seine 58 Atomkraftwerke. Weitere große Reserven, die dann ebenfalls unter erbärmlichen Bedingungen von einheimischen Tuareg, der größten Bevölkerungsgruppe, abgebaut werden sollen, werden derzeit erschlossen, militärisch abgesichert von Elitetruppen aus Paris, koordiniert im Rahmen der »Opération Barkhane«.

Im gesamten Sahel locken hochkarätige Geschäfte, die sich – wie durchgehend in der Kolonialgeschichte so auch unter dem Vorzeichen der Rekolonisierung – ausschließlich auf die Ausplünderung von Rohstoffvorräten und nicht ansatzweise auf deren Weiterverarbeitung und Veredelung orientiert. Folglich ändert sich nichts am Grad der Verarmung Malis. Abermillionen Betroffene stehen vor der Entscheidung zwischen Flucht und Untergang. Das zweite Afghanistan liegt in Westafrika.

Gerd Schumann lebt in Berlin und ist Autor des Buches »Kolonialismus, Neokolonialismus, Rekolonisierung«, erschienen im Papyrossa-Verlag, Köln, 2016